

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Pettizeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 42.

Sonntag den 21. Oktober.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

„Humanisierung des Krieges.“

Man kennt die schönen Redensarten, die von Zeit zu Zeit zum besten gegeben werden über allerlei Mittel und Mittelchen, wie man die Bestialität des Massenmenschens, des Krieges „humanisieren“, d. h. aus einer viehischen Roheit ein menschliches und menschenwürdiges — Menschenabschlachten machen will. Da wird das Pflaster und Heilwesen für die Verwundeten verbessert und vervollkommen — aber das Morden und Anschließen geht ruhig weiter; — als wenn es nicht richtig wäre, gar nicht zu morden, zu hauen, zu stechen und zu schießen, dann wäre ja das ganze Pflasterwesen nicht nötig! Da werden Geschütze und Geschosse konstruiert, die einen verwunden und töten, ohne daß es der Getroffene merkt, vielleicht sogar paradiesische Wohlgefühle dabei empfindet, so daß man mit Recht sagen kann, daß fürs Vaterland zu sterben effektiv, gewiß und wahrhaftig süß ist!

Bekanntlich sind alle diese Hausmittelchen und Palliative entweder bewußter Schwindel oder lebenswürdige Selbsttäuschungen wohlmeinender Kriegshilfswesen.

Die einzige „Humanisierung“ des Krieges besteht in seiner Beseitigung, darin, daß man den Säbel gar nicht zum Hauen, die Flinte gar nicht zum Schießen kommen läßt.

Die widerwärtigste und verbrecherischste Art des Krieges ist jedenfalls der Bürgerkrieg und zwar in Sonderheit die Form des Bürgerkrieges, bei welcher gegen Waffenlose, durch Arbeitseinstellung ihren wirtschaftlichen Kampf ums Dasein führende Arbeiter auf Seiten des Kapitals die bewaffnete Macht des Staates, ihre eigenen Landsleute und Brüder sehen, die ihnen den Tod drohen, und die doch von ihnen unterhalten, genährt, ausgerüstet werden.

Um dieser scheußlichen Art des Mordens Einhalt zu thun, hat der sozialistische Handelsminister des wilden Landes Frankreich einen Gesetzesentwurf angekündigt, der die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, die Streiks „humanisieren“, traurige und verbrecherische Ereignisse, wie wir sie in Frankreich, Belgien und auch andernwärts noch in jüngster Zeit mehrfach gesehen haben, wo unglückliche, um Besserstellung ihrer Lage durch Streiks kämpfende Arbeiter von den eigenen Brüdern, von den „Verteidigern des Vaterlandes“ niedergeknallt worden sind, vermeiden will.

In den Städten Lens und Lille, und wohl auch noch andernwärts hat Millerand Reden gehalten und darin sein Projekt folgendermaßen geschildert:

Sowie ein Streik ausgebrochen ist, sowie die ersten Arbeiter die Arbeit verlassen, muß eine regelrechte Beratung stattfinden und die Arbeiter müssen am dritten Ort, d. h. außerhalb der Arbeitsstätte in geheimer Abstimmung darüber beschließen, ob der Streik fortgesetzt und allgemein werden oder ob er sofort beendet werden soll.

Wenn die Majorität dafür stimmt, daß der Streik nicht am Plage ist, so werden alle Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Wenn aber die Mehrheit erklärt, der Streik ist notwendig und gerechtfertigt, wird die Arbeitsniederlegung, wie Millerand will, obligatorisch für alle.

Auf diese Weise werden alle Konflikte zwischen den Arbeitern selbst vermieden und es wird von vornherein unmöglich gemacht, vollkommen ausgeschlossen, daß die Polizei und die bewaffnete Macht sich in den Wirtschaftskampf überhaupt einmischet, der sie nichts angeht und in welchem sie ja bisher immer zu Gunsten der Kapitalisten eingreift — zum Schaden der Arbeiter und der Gesamtheit.

Einen Antrag fast gleichen Inhalts hatten schon in der letztvergangenen Legislaturperiode unsere Genossen Guesde, Sembat und Jaurès in der Kammer eingebracht.

Denselben Vorschlag hat auch der jüngste Kongreß der Bergarbeiter von Montceau-les-Mines zum Beschluß erhoben.

In organischem Zusammenhang mit dieser gesetzlichen Regelung der Streiks steht ein zweiter Gesetzesentwurf Millerands, der ebenfalls zur „Humanisierung“ der

Wirtschaftskämpfe der Arbeiter beitragen soll und wird: obligatorische Schiedsgerichte. Man kennt den Unternehmertrog und Hochmut, der oft und oft im Bewußtsein seiner wirtschaftlichen Uebermacht, im Bewußtsein ferner, daß er bei Explosionen der Arbeiterverzwelgung den Säbel, der haut, und die Flinte, die schießt, auf seiner Seite haben wird, mit Hohn und Verachtung es ablehnt, in Verhandlungen mit den Arbeitern über die schwebenden Streitfragen einzutreten. Die Arbeiter dagegen haben überall und allezeit erst den Weg gütlicher und schiedlicher Verhandlungen gesucht und Schiedsgerichte angerufen oder die Berufung und Einsetzung solcher erbeten, — leider nur zu oft vergeblich.

Werden nun, wie es Millerands Absicht ist, die Schiedsgerichte für Wirtschaftskämpfe der Arbeiter obligatorisch gemacht durch Gesetz, so erhält der Unternehmer-Absolutismus einen Stoß. Weiter sollen die Arbeiterbesitzer dieser Schiedsgerichte aus den neu zu schaffenden Arbeiterräten (conseils du travail) genommen werden. In diese Arbeiterräte aus Vertretern der Arbeiter wie Unternehmer zusammengefaßt, sollen die Mitglieder aus der Arbeiterschaft durch die Syndikate (Fachvereine, Gewerksvereine) der Arbeiter gewählt werden. Somit würden die Schiedsrichter von den organisierten Arbeitern zum Teil mit bestellt, so daß auch die Anschauungen und Interessen der Arbeiter volle Berücksichtigung finden müßten und würden.

Es liegt auf der glatten Hand, daß durch die Verwirklichung des Millerandschen Projektes ein gewaltiger Fortschritt ermöglicht wird.

Das wäre in der That eine höchst wirksame Methode, den „Krieg zu humanisieren“.

Das moralische Ansehen, die soziale Macht und Bedeutung der Arbeiterorganisationen muß durch diese Neuerung ebenfalls gewaltig wachsen und dadurch werden wieder weitere Garantien geboten, daß der Krieg im Wirtschaftsleben wesentlich eingeschränkt, der Friedenszustand dagegen mächtig gefördert wird.

Wir empfehlen das Projekt Millerands unserem guten Freund Bogdanowky zur geneigten Beachtung und gefälligen Nachahmung!

Der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß in Paris.

Der vom 23. bis 27. September in Paris versammelt gewesene internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß war von ca. 750 Delegierten aus fast allen Ländern Europas sowie aus Amerika besucht; die große Mehrzahl der Delegierten, nämlich 473, entfiel jedoch allein auf Frankreich. Da über die viertägigen Verhandlungen die politische Arbeiterpresse eingehend berichtete, so können wir uns hier auf die Erwähnung der gefaßten Beschlüsse beschränken. Die Weltpolitik nebst dem Militarismus und Marinismus wurde verurteilt; die kapitalistische Kolonialpolitik verdammt, da sie zu fortwährenden Konflikten, zu Chauvinismus und Imperialismus führt.

In den bereits bestehenden Kolonien sollen sozialistische Parteien gebildet und mit denselben internationale Verbindungen hergestellt werden. Zur Pflege der internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie aller Länder wurde ein Sekretariat mit dem Sitz in Brüssel errichtet und für dessen Unterhalt ein Kredit von 10 000 Franken beschossen, den jedes Jahr die sozialistischen Organisationen aller beteiligten Länder aufzubringen haben. Ebenso wurde beschlossen, die Bestellung eines interparlamentarischen Komitees sowie die Errichtung einer internationalen Bibliothek und eines internationalen Archivs. Die Resolution für den Achtstundentag und für die Maifeier wurde erneuert. In einer weiteren Resolution sprach sich der Kongreß für die Einführung eines Minimallohnes durch die Gewerkschaften sowie durch den Staat und die Gemeinden für ihre Arbeiter aus, auch sollen zur Zahlung eines solchen die privaten Unternehmer bei Submissionsarbeiten verpflichtet werden. In einer Resolution betreffend die Bedingungen der Befreiung der Arbeit werden die politische Tätigkeit, das allgemeine Wahlrecht und die Organisation der

Arbeiterklasse in politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gruppen, in Bildungsvereinen, freier Hilfskassen zc. als Mittel des Klassenkampfes bezeichnet und die Sozialisten aller Länder aufgefordert, dahin zu wirken, daß diese verschiedenen Organisationsformen, die zugleich Mittel der Erziehung und des Kampfes sind, so viel als möglich miteinander Hand in Hand gehen, damit dadurch die Macht der Arbeiterklasse fortschreitend vermehrt werde und diese die Eignung verlangen, die politische und wirtschaftliche Expropriation der Bourgeoisie und die Vergesellschaftlichung der Produktion durchzuführen.

Eine besondere Resolution beschäftigt sich mit den besonderen Verhältnissen der Seeleute und Transportarbeiter. Von den zahlreichen bezüglichen Forderungen erwähnen wir die Festsetzung eines Maximalarbeitstages und die Leistung von Lohnzuschlägen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Sicherung von Unfall- und Invalidenrenten, Minimallohn, Inspektoren u. s. w.

Der „Generallstreik“, das Lieblingssteckenpferd utopistischer Franzosen, wurde durch folgende Resolution erledigt:

„Der Kongreß wiederholt im Anschluß an die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris und Zürich, den auf dem internationalen Kongreß in London 1896 über den Generallstreik gefaßten Beschluß, welcher lautet: Der Kongreß hält Streiks und Boykotts für notwendige Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Arbeiterklasse, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generallstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.“

Auch die Trusts (sprich Trost) oder Ringe beschäftigen den Kongreß. In einer langen Resolution werden dieselben als wirtschaftliche Vereinigungen der Unternehmer zur Erzielung größerer Profite definiert, als die unvermeidliche Konsequenz der freien Konkurrenz bezeichnet, sodann ihre verschiedenartigen Wirkungen auf die Produktion, auf die Arbeiter und die Konsumenten dargelegt und schließlich erklärt:

„Der allein mögliche Ausweg aus der durch die Trusts geschaffenen Situation kann jedoch nur die Verstaatlichung, und in einer späteren Zeit die internationale Regelung der Produktion jener Industrien sein, die durch internationale Trusts die höchste Stufe der Entwicklung erreicht haben.“

Die Aufgabe des Proletariats muß also darin bestehen, seine politische und ökonomische Klassenorganisation veritärkt durch die genossenschaftliche Tätigkeit, zu vervollkommen, um die Zeit vorzubereiten und zu beschleunigen, in der die Möglichkeit der Expropriation der großen durch die Trusts organisierten Industriezweige und damit der Umwandlung der kapitalistischen in die gesellschaftliche Produktion gegeben sein wird.“

In Bezug auf den Gemeindefozialismus erklärt der Kongreß in einer Resolution es für die Pflicht der Sozialisten aller Länder, auf die Wichtigkeit der Bethätigung in der Gemeindeverwaltung aufmerksam zu machen, sie zu fördern und dabei mitzuwirken. „In Erfüllung dieser Pflicht haben die Sozialisten die Kommunalisierung der öffentlichen Verkehrsmittel: Badeanstalten, Krankenhäuser zc. zc., zu betreiben und Musteranstalten daraus zu machen, sowohl im Interesse des allgemeinen Wohls als im Interesse der in diesen Betrieben Beschäftigten. Kleine Gemeinden müssen zur Erfüllung dieser Aufgaben Verbände bilden. In Ländern, deren politische Verhältnisse es den Gemeinden nicht gestatten, diese Wege zu wandeln, haben die Sozialisten die Pflicht, alles zu thun, um jenes Maß politischer Freiheit zu erobern, das notwendig ist, um jene Forderungen zu verwirklichen.“ Schließlich erhält das neu geschaffene internationale Sekretariat den Auftrag, zur Ermöglichung einer mündlichen Aussprache über diese Fragen und über die gemachten bezüglichen Erfahrungen eine internationale Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter einzuberufen.

Am meisten zu reden gab der Punkt „Die Expropriation der staatlichen Macht und die Bündnisse mit

